# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 218. | Dresden, Mittwoch den 20. September 1911. | 22. Jahrg.


## Die Sozialdemokratie marschiert!

### Eine schwere Schlappe für das Zentrum.

**Düsseldorf, 19. September. Das amtliche Abstimmungsresultat der gestrigen Reichstagsersatzwahl ist folgendes: Friedrich (Zentrum) 29 291, Haberland (Soz.) 34 073, Breitscheid (Dem. Vereinigung) 3321, Lenenrath (Nationale Vereinigung) 3147, Chocisczewski (Pole) 326 Stimmen, zersplittert waren 19.**

Die Wahlen in den Jahren 1903 und 1907 hatten endes Resultat ergeben: Im Jahre 1903 wurden für das trum 21 636, für die Sozialdemokratie 20 875 und für den nalliberalen Kandidaten 7866 Stimmen abgegeben, etwa Stimmen hatten sich außerdem noch auf zwei Kandidaten splittert. In der Stichwahl Zentrums und einen Polen zersplittert. In der Stichwahl te Kirsch (Zentrum) mit 27 084 über 28 762 sozialdemo- liche Stimmen. Bei den Wahlen von 1907 erhielten im en Wahlgange Kirsch (Zentrum) 29 259, Grimpe (Soz.) 39, Kehren (natl.) 14 664, Erkelenz (Freis. Vereinigg.) 593 Chocisczewski (Pole) 268 Stimmen. In der Stichwahl te dann Kirsch mit 33 317 gegen 25 283 Stimmen.

Die Sozialdemokratie hat also gegen 1907 einen Zu- chs von etwa 8000 Stimmen erhalten. Damit reiht sich Wahlausfall in Düsseldorf würdig den zahlreichen Er- gen an, die wir in den letzten Jahren bei den Nachwahlen ungen haben. Unser Erfolg erscheint um so größer als nbar die Zunahme unserer Stimmen zum größten Teil auf Vermehrung unserer eigenen Anhänger zurückzuführen ist. ar hatte die fortschrittliche Volkspartei ihre Anhänger auf- rdert, schon im ersten Wahlgang für uns zu stimmen. r die Unterstützung die wir von dieser Seite bekommen ben, kann nicht sehr ins Gewicht gefallen sein. Erhielt h der Kandidat der Freisinnigen im Jahre 1907 nur 593 timmen, und dabei ist es nicht unwahrscheinlich, daß mancher reisinnige für den Kandidaten der Demokratischen Vereinigung timmt hat. Daß von den Nationalliberalen, die bekannt- Wahlenthaltung proklamiert hatten, viele für uns gestimmt ben, ist bei dem Charakter der Nationalliberalen im einisch-Westfälischen Industrierevier gewiß nicht anzunehmen.

Dem Zentrum bringt die Wahl eine sehr schwere derlage. Während es bei der Wahl von 1907 gegen- r der Wahl von 1903 einen Stimmenzuwachs von 7631 ongetragen hat, hat es diesmal ganze 29 Stimmen gegen 7 gewonnen. Das bedeutet angesichts der großen Stimmen- hme der Sozialdemokratie eine empfindliche Schlappe das Zentrum. Es ist ja nicht die erste Niederlage, die das ntrum in diesem Jahre erlitten hat. Die Wunde, die es in ndau-Immenstadt vor einigen Monaten davon getragen dürfte noch nicht geheilt sein. Und nun schon wieder ein werer Schlag! Immer weitere Kreise der Wähler, be- ders der Arbeiter, haben es eben satt, sich durch die leeren rsprechungen der Zentrumsjesuiten hinhalten und narren zu en. Sie sehen ein, daß das Zentrum, die angebliche lkspartei, trotz aller schönen Reden nur die Geschäfte der ßagrarier besorgt, die das Volk zum Heile ihres eigenen ldbeutels nicht genug ausrauben können. Die schwarzblaue litik bekommt dem Zentrum nicht. Die Leute, die bisher dem Zentrum durch dick und dünn gegangen sind, werden ng ob der volksfeindlichen Politik der Partei für Freiheit, hrheit und Recht. Der Zentrumssturm kommt ins Wanken.

Bemerkenswert ist auch die verhältnismäßig große Zahl Stimmen der Demokratischen Vereinigung. Sie dürften uptsächlich aus den Reihen technisch-industriellen und kauf- nnischen Angestellten stammen, die in dem stark industriellen ahlkreis zahlreich vertreten sind. Gewiß sind wir der Meinung, die Angestellten in die Reihen der modernen Arbeiter- wegung gehören. Daß der richtige Platz für die Kopfarbeiter enso wie für die Handarbeiter die Sozialdemokratie ist, ch sie werden vom Kapital aufs ärgste ausgebeutet und die ge vieler von ihnen ist noch schlechter, als die so mancher ndarbeiter. Wie aller Ausgebeuteten, so werden auch ihre chte und Interessen von der Sozialdemokratie am ent- edensten vertreten. Begrüßenswert ist es immerhin, nn es wenigstens endlich einmal aufhörte, daß diese Kreise h von den Phrasen von Parteien betören lassen, die weiter chts sind, als rücksichtslose Vertreter von Unternehmerinteressen. e Nationalliberalen haben offenbar die Parole ihrer Leitung, der Wahl zu enthalten, befolgt. Es hat dem Zentrum rläufig nichts genützt, daß es ein Mitglied des Hansabundes folgedelt hat, um in den Kreisen der Industrie und des ndels Stimmenfang zu treiben.

In die Stichwahl können wir mit guten Hoffnungen hen. Zwar werden dem Zentrum jedenfalls die Stimmen r nationalen Vereinigung zufallen, aber dafür können wir t Sicherheit auf die Stimmen der demokratischen Ver- nigung rechnen. Wir würden dann noch einen Vorsprung n über 5000 Stimmen gegenüber dem Zentrumskandidaten aben.

Trotzdem dürfen wir uns nicht verhehlen, daß der ahlkreis uns durchaus noch nicht sicher ist. Ob die National- beralen, die im Jahre 1907 bei der Hauptwahl 14 664 Stimmen halten haben, auch bei der Stichwahl sich der Stimme ent- alten werden, ist zum mindesten zweifelhaft. Haben wir es och immer wieder erlebt, zuletzt erst in Gießen-Nidda, daß ie Nationalliberalen es fertig bringen, den ärgsten Reaktionär herauszuhauen, wenn es gilt die Wahl eines Sozialdemokraten zu verhindern.

Möge die Stichwahl ausfallen, wie sie wolle, in jedem Falle bildet das Resultat der Düsseldorfer Ersatzwahl ein günstiges Omen für die bevorstehenden Wahlen. Es zeigt, daß die Massen immer mehr erkennen, wo ihre Rechte und Interessen gewahrt werden. Beigetragen zu dem günstigen Wahlausfall dürfte auch der prächtige Verlauf des Jenaer Parteitages haben, auf dem wir deutlich zu erkennen gegeben haben, daß wir gerüstet und bereit sind, den Kampf gegen die Schwarzblauen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu führen. Der Ausfall der Düsseldorfer Wahl ist geeignet, unsere Genossen anzuspornen mit unermüdlichem Eifer an die Wahlarbeit zu gehen. Sehen wir doch hier, daß unsere Arbeit die besten Erfolge zu bringen verspricht. Die Sozialdemokratie marschiert!

## Streiks und Unruhen in Spanien.

Wie vor einem Jahr in Portugal, gewinnt jetzt in Spanien die revolutionäre Idee Oberwasser. Schon lange gärt es und vor einiger Zeit konnten wir bereits mitteilen, daß alles darauf hinauszielte, an Stelle der Mißwirtschaft, die heute in Spanien besteht und an der die Monarchie ein gerüttelt Maß Schuld hat, geordnete Verhältnisse zu schaffen. Der junge Manuel von Portugal ist eines schönen Tages — ganz plötzlich für ihn — zwischen zwei Stühle gesetzt worden, und es erscheint gar nicht ausgeschlossen, daß auch Alfons von Spanien nicht mehr zu lange die spanische Krone trägt. Er selbst soll ja vor einiger Zeit zu einem Republikaner geäußert haben: Wer weiß, ob wir nicht alle bald Republikaner sind!

Die Arbeiterkämpfe, die in den letzten Wochen Spanien durchtoben, bald hier, bald dort auflodern, sind doch wohl mehr, als nur Kämpfe um Verbesserung der Lebenslage. Sie haben auch zur Grundlage, durch immerwährende Unruhen die Regierung in Ungelegenheit zu bringen und so den Sturz des monarchischen Regimes herbeizuführen. Kommt doch sogar die Meldung aus Madrid, daß in einem Orte, Kartagena-Alcira, die Kommune ausgerufen wurde, und daß in dem letzteren Orte die Revolutionäre das Rathaus und zwei öffentliche Gebäude niedergebrannt, die Brücke gesprengt und den Eisenbahnverkehr unterbrochen haben. Die Regierung hat, um diesen „Störungen" zu begegnen, die konstitutionellen Garantien für ganz Spanien aufgehoben, es ist also die Militärgewalt proklamiert worden. Ministerpräsident Canalejas hat erklärt, die Aufhebung der Verfassungsrechte mache sich notwendig, um der revolutionären, anarchistischen Ausstandsbewegung Herr zu werden, die von einem aus Ausländern und Spaniern bestehenden Ausschuß, der in Barcelona seinen Sitz habe, in Szene gesetzt werde. Schon die Verlegenheitsphrase von den Ausländern läßt erkennen, wie unsicher die Regierung den Handlungen der republikanischen Kreise sowie dem Wesen der Ausstände gegenübersteht. Sie weiß von nichts und tappt im Dunkeln, nur wird mit allen Mitteln versucht, die große Oeffentlichkeit irre zu führen, wie aus den Meldungen, die über die spanische Grenze kommen, nur zu deutlich hervorgeht.

Während die Privatmeldungen allesamt den Ernst der Situation erkennen lassen, wird in den offiziösen Darstellungen nach Möglichkeit versucht, die Wahrheit zu verschleiern. Wie es meist in solchen Fällen gemacht wird, bis plötzlich zu aller Erstaunen die Explosion erfolgt.

Wie weit es damit in Spanien ist und ob es dazu überhaupt kommen wird, läßt sich allerdings noch nicht sagen. Fest steht nur, daß die politischen sowohl wie die wirtschaftlichen Verhältnisse in Spanien einer Aenderung notwendig bedürfen. Die Korruption innerhalb der monarchischen Kreise sowie der dadurch bedingte wirtschaftliche Niedergang Spaniens in den letzten Jahrzehnten haben die große Masse der Bevölkerung sozial so sehr an den Abgrund gebracht, daß nur durch energisches Zugreifen Abhilfe und Aenderung geschaffen werden können.

*

Ueber den Umfang der Streiks und Unruhen liegen folgende Meldungen vor:

**Madrid, 19. September.** Der König hat ein Dekret unterzeichnet, nach dem die konstitutionellen Garantien für ganz Spanien aufgehoben werden.

**Madrid, 19. September.** Der Allgemeine Arbeiterverband hat den Gesamtausstand für ganz Spanien beschlossen. Der Beginn des Ausstandes wird später festgesetzt werden.

**Paris, 19. September.** Aus Madrid wird gemeldet: In zwei Städten, welche nicht genannt werden, haben die Revolutionäre bereits ein kommunistisches Regiment eingeführt. In Saragossa kam es zu schweren Kämpfen zwischen der Bevölkerung und der Zivilgarde, wobei es zahlreiche Tote und Verwundete gegeben haben soll. Nähere Einzelheiten fehlen. In der Ortschaft Cullera erschlug eine aufrührerische Volksmenge den Friedensrichter. Die spanische Regierung übt eine strenge Zensur über Preßtelegramme aus.

**Madrid, 19. September.** Die Lage in der Provinz Valencia hat sich verschlimmert. In Cartagena und Alcira wurde die Kommune ausgerufen. In Alcira wurden das Rathaus und zwei öffentliche Gebäude von den Revolutionären niedergebrannt, die Brücke gesprengt und die Eisenbahn unterbrochen. Truppen sind abgesandt.

**Barcelona, 19. September.** 500 Arbeiter sind hier im Ausstande. Die Polizei verhaftete in der Nähe der Stadt dreißig Agitatoren, die willens waren, das Werk des Revolutionären Ausschusses fortzusetzen, dessen Mitglieder im Gefängnis sitzen.

**London, 19. September.** Daily Mail meldet aus San Sebastian: Die hiesige Polizei ist einem Komplott auf die Spur gekommen, das sich aus früheren Ministern und Politikern zusammensetzt, die sich vereinigt haben in der Hoffnung, das Kabinett des Ministerpräsidenten Canalejas stürzen zu können. Zum Gegenstande ihrer Kampagne wollten sie die gegenwärtigen Streikverhältnisse in ganz Spanien machen.

## Die Marokkoverhandlungen.

**Paris, 19. September.** In der gestrigen Unterredung hat Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter dem Botschafter Cambon keine schriftliche Antwort auf die französischen Vorschläge übergeben. Der Staatssekretär glaubte zweifellos, daß vorläufig zum mindesten die Schnelligkeit der Unterhandlungen gewinnen würde, wenn häufigere Unterredungen an die Stelle des Dokumentenaustausches gesetzt würden, dessen Formalitäten, Herstellung und Uebermittlung an die beiden Regierungen viel Zeit wegnehmen. Der Staatssekretär und der Botschafter nahmen gestern die Diskussion über die strittigen Punkte wieder auf und faßten bestimmte Hypothesen und gewisse redaktionelle Abänderungen ins Auge. Es scheint, daß diese Unterredung von dem wahrhaften Wunsche nach Verständigung geleitet war. Die Besprechungen hätten demnach einen neuen Schritt vorwärts getan, und die Wahrscheinlichkeit einer befriedigenden Lösung scheint sich zu verstärken. Dennoch wäre es übereilt, sich zu optimistisch zu zeigen. Alle Unstimmigkeiten sind noch nicht geschwunden, und es befinden sich noch prinzipielle Fragen in der Schwebe, in denen Frankreich nicht nachgeben kann. Erst nach einer weiteren Unterredung zwischen Botschafter und Staatssekretär wird man über die entscheidende Wendung Klarheit gewinnen, die die Unterhandlungen nehmen werden.

Von deutscher Seite wird hierzu halbamtlich bemerkt, daß die französische Nachricht den Tatsachen entspricht; denn aber heißt es weiter:

„Es ist jedoch hinzuzufügen, daß auch deutsche Forderungen prinzipieller Natur, auf die von Deutschland nicht verzichtet werden kann, in Frage stehen. Dies ist in einem Schreiben des Staatssekretärs, das Herrn Cambon als Antwort auf einen Brief übergeben wurde, zum Ausdruck gebracht worden. Doch haben die beiden Unterhändler es für praktisch befunden, sich mündlich über die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu unterhalten und nach einer Fassung der einzelnen Punkte zu suchen, die geeignet wäre, die beiderseitigen Auffassungen, die zum Teil nur in der Form divergierten, einander anzunähern. Dabei ist eine Reihe von Vermittlungsvorschlägen entstanden, die die Unterhändler zunächst ihren Regierungen unterbreiten werden."

*

### Friedensdemonstrationen.

**Brüssel, 19. September.** Die hiesigen Sozialisten hielten gestern abend ein Meeting gegen den Krieg ab. Mehrere Abgeordnete und Parteiführer hielten heftige Reden, in denen sie gegen den Krieg protestierten und sich mit den Sozialisten Frankreichs und Deutschlands solidarisch erklärten, um mit allen Kräften einen solchen zu verhindern. Eine dahingehende Tagesordnung wurde einstimmig angenommen. Nach dem Meeting durchzogen etwa 15 000 Kundgeber die Straßen der Stadt, jedoch kam es dank der umsichtigen Leitung der Organisationsführer zu keinerlei Zwischenfällen.

**Paris, 19. September.** Die Union der Syndikate will für nächsten Sonntag eine Massendemonstration gegen den Krieg organisieren, an der auch Frauen und Kinder teilnehmen sollen. Die allgemeine Arbeitervereinigung hat durch ihren Ausschuß beschlossen, für den 1. Oktober eine Konferenz der Delegierten aller Syndikatsvereinigungen und Arbeitervereine zusammenzuberufen. Das Thema der Beratung lautet: „Wie sind die Bestimmungen der Kongresse in Anwendung zu bringen, die sich auf den Fall von Kriegserklärungen beziehen?"

## Deutsches Reich.

### Vertrieb von Lebensmitteln durch die Gemeinden.

Die energische Initiative der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktionen hat nun auch in die schwerfällige Gemeindeverwaltung von Groß-Berlin etwas Bewegung gebracht. Die Sozialdemokratie fordert, daß die wichtigsten, unentbehrlichsten Lebensmittel von den Stadtverwaltungen im großen angekauft und zu Selbstkostenpreisen an die Bevölkerung abgegeben werden sollen. Eine Resolution, die sich in diesem Sinne ausspricht, wurde am letzten Montag nach ausführlicher Begründung durch den Genossen Bernstein von der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen. Die Stadt Schöneberg will jedoch nicht selbständig vorgehen, sondern eine gemeinsame Aktion sämtlicher Groß-Berliner Gemeindeverwaltungen in die Wege leiten und die Führung dem Berliner Magistrat überlassen. Die Gemeinde Wilmersdorf hat sich dem Schöneberger Vorgehen angeschlossen. Rixdorf und andere Kommunen folgen. Nächstens soll eine Konferenz sämtlicher Groß-Berliner Gemeindevertreter stattfinden, in der die Grundzüge der einzuleitenden Aktion festgelegt werden sollen.

Das ist immerhin ein Anfang. Es wird aber sicher noch tüchtiger Arbeit bedürfen, um die Kommunalverwaltungen auf

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110920/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG